Mittwoch, 5. April. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 6616. Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Rp. 15 Sgr. Auswärts 1 Rp. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung. 1871.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 4. April, 8 Uhr Abends.

Berlin, 4. April. Reichstag. Fortsetzung der Berathung über die Reichsverfassung. Nach längerer Debatte über den Antrag von Reichensperger (Olpe), betreffend Einschaltung der Grundrechte, wobei Probst und Reichensperger (Crefeld) für, Stauffenberg, Frankenberg und Crämer gegen denselben sprechen, wird der Antrag von Reichensperger mit 223 gegen 60, ebenso sämmtliche zugehörige Unteranträge abgelehnt. Hierauf werden die Artikel 3 bis 78, sowie das aus drei Paragraphen bestehende Gesetz über die Verfassung unverändert angenommen, nachdem verschiedene Anträge zu Artikel 32, 53 und 78 abgelehnt worden waren.

Angekommen 4. April, 9 Uhr Abends.

Compiègne, 3. April. Französische Abendzeitungen melden von einem Hauptgefecht, das südlich von Chatillon und Fontenay aux Roses stattgefunden hat. Flourens soll mit 8000 Mann gefangen sein. Der als verdächtig erschienene Commandant des Mont Valerien ist diese Nacht durch einen Andern ersetzt worden. Die Pariser Gefangenen sind dort erschossen worden. Die Verluste der Pariser sind sehr bedeutend. Die Wendung des Gefechts war den Regierungstruppen günstig.

Versailles, 3. April. Die Insurgenten griffen Nanterre, Rueil und Bougival an; eine Colonne derselben drang gleichzeitig über Bezons und Crozy; vom Mont Valerien wurde mit bestem Erfolge gefeuert. Die Insurgenten wurden bei Nanterre, Rueil und Bougival von den Regierungstruppen verjagt und flohen in schrecklichster Auflösung. Ein gleichzeitiger Angriff der Insurgenten bei Sevres, Meudon und Petit Bicetre wurde abgeschlagen. Der Tag endete mit der Flucht der Insurgenten nach der Redoute Chatillon.

Matthäus 7, V. 20.

Wie wir hören, hat sich Herr v. Diest dem Danziger Landkreise als geeigneten Candidaten der Conservativen angetragen oder ist von seinem Gesinnungsgenossen Herrn v. Brauchitsch als solcher empfohlen worden. Denn bisher ist nicht bekannt geworden, daß aus dem Wahlkörper heraus selbstständige Wähler sich über die Person eines Candidaten geeinigt hätten. Da indessen der Absolutismus den Parteigenossen gewiß auch in dieser Beziehung die bequemste und verständlichste Form sein dürfte, so haben wir wohl anzunehmen, daß der Candidat acceptirt werden wird und uns demgemäß mit ihm zu beschäftigen. Es ist grade in ländlichen Kreisen wiederholt sehr viel von „Vertretung der Interessen" gesprochen und zumeist von conservativer Seite die „Wahrung der Interessen des Grundbesitzes" verlangt worden. Wir haben wohl nicht mehr nöthig zu erklären, daß ein solcher egoistischer und engherziger Standpunkt nicht der unsrige ist. Wohl aber haben wir ein Recht zu fragen, ob Herr Candidat v. Diest überhaupt sich als Volksvertreter um die Interessen des Landestheiles gekümmert hat, um dessen Vertretung er sich bewirbt? Die Antwort darauf lautet: Nein!

Herr Candidat von Diest ist in dieser Beziehung sogar hinter den allerenragirtesten seiner Partei zurückgeblieben. Das wollen wir ihm beweisen. In der Sitzung des Zollparlaments vom 15. Juni 1869 stellte der Abg. Prosch den Antrag wenigstens den Roheisenzoll von 5 Sgr. auf 2½ Sgr. zu ermäßigen. Das war eine Erleichterung für die ganze Provinz. Der Landmann, der Gewerbetreibende, jeder Hausstand, jedes Geschäft mußten von ihr Nutzen ziehen, denn nächst dem Salz ist es ja das Eisen, welches gleichmäßig Arm und Reich gebraucht. Wie besonders die Landwirthschaft das Eisen verwerthet, von billigerem Eisen Nutzen hat, das brauchen wir wohl unseren Wahlgenossen nicht zu beweisen. Die Verständigeren unter den conservativen Abgeordneten sahen dies auch ein; über ihrem Verlangen, der Regierung unter allen Umständen zu Willen zu sein, vergaßen sie doch nicht ganz und gar das Wohl des Volkes, welches sie ja nach Berlin geschickt hatte, sie wollten demselben diese Erleichterung verschaffen. Selbst der Abgeordnete von Blanckenburg, selbst Graf Eulenburg stimmten für diese Ermäßigung des Roheisenzolls. Aber der Candidat von Diest that dies nicht. Er erklärte sich in namentlicher Abstimmung gegen jene Ermäßigung, er wollte dem Volke und speziell der Landwirthschaft jenen schweren Zoll nicht erleichtern. Wir gratuliren unseren Wahlgenossen zu einem solchen Abgeordneten, den selbst Männer wie Blanckenburg, Eulenburg, ja Brauchitsch übertreffen! Denn die Herren von Diest und Günther (Dtsch. Crone) waren die einzigen Abgeordneten der ganzen Provinz Preußen, welche diese Last dem Volke in gleicher Schwere belassen wollten und gegen die Ermäßigung stimmten.

Natürlich stimmte Herr Candidat v. Diest auch für sämmtliche andern Steuererhöhungen, welche damals Herr v. d. Heydt forderte. Er erklärte sich für den Zoll auf Petroleum, für Erhöhung der Braumalzsteuer, er wollte überhaupt den Steuerzahlern aufladen soviel nur irgend die Regierung verlangte. That er dies nach vorsichtiger Prüfung, in Berücksichtigung der Steuerkraft des Volkes und der unbedingt nothwendigen Bedürfnisse der Regierung, oder that er es nur aus dem Bestreben, um dieser Regierung alles was sie wünscht, sofort zu bewilligen? Die Antwort hierauf giebt die Thatsache, daß, nachdem die Finanzwirthschaft des Herrn v. d. Heydt durch die vortreffliche Verwaltung Camphausens beseitigt war, keine aller dieser Steuern von der Regierung selbst für nothwendig gehalten wurde, daß sie alle diese Projecte fallen ließ. Wer also hat für das Wohl des Volkes besser gesorgt, Diejenigen, welche dasselbe vor diesen Steuern geschützt, oder die, welche Alles ihm aufbürden wollten, was der Staat selbst nicht einmal bedurfte? Ein solcher nun ist der Candidat von Diest. Unabhängige und einsichtige Wähler dürfen daher einem solchen Manne nimmermehr ihre Stimme geben.

Hat Herr von Diest wirklich eine lebhafte Sehnsucht danach, für das Wohl des Landkreises zu wirken, so kann er diese entschieden besser dadurch befriedigen, daß er hier auf seinem Posten bleibt und als Regierungspräsident den Segen seiner Thätigkeit dem Lande ungestört erhält. Der Wahlkreis wird gewiß einen Bessern finden, der auch für des Volkes Interessen eintritt, denn das hat der Candidat leider nicht gethan.

Deutschland.

✱ Berlin, 3. April. Die Trennung der ehrlichen und patriotischen Conservativen von den Clerikalen wird immer entschiedener und tiefer. Das unnatürliche Bündniß hat nicht lange gewährt und konnte nicht länger dauern als bis man sich beiderseits über die Ziele jeder Partei klar geworden war. Die Conservativen ehrt das Verhalten, welches sie gegenüber den Herren Ketteler, Reichensperger, Windthorst und Mallinckrodt eingeschlagen, in hohem Grade, der Beifall den die Rede des Abg. v. Blanckenburg erhielt, der entschieden Front gegen die schwarze Schaar machte, beweist, daß alle Parteien einig sind, wenn es gilt einen verbissenen und gefährlichen Nationalfeind zu bekämpfen. So sagt denn auch heute das Organ der Herren von Brauchitsch und v. Diest, die „Kreuzzeitung" über die schöne Antwort, welche Döllinger den sclavischen Römlingen ertheilt hat: Das Ereigniß des Tages ist die Antwort des Stiftspropsts v. Döllinger auf die Aufforderung des Erzbischofs, dem Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit sich zu unterwerfen. Vermuthlich wird das Beispiel des berühmten Theologen nicht ohne Nachfolge bleiben; besonders wichtig wird der Schritt Döllingers aber dadurch, daß derselbe der erste Hofgeistliche ist und des besonderen Wohlwollens des Königs sich erfreut. Das Cultusministerium hat erst kürzlich auf erhobene Beschwerde erklärt, daß es den weltlichen Arm dazu nicht leihen könne, einen wegen Nichtanerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas excommunicirten Pfarrer (Renftle in Mering) von seiner Stelle zu entfernen, so lange dessen Gemeinde zu ihm halte. Zweifellos wird Döllinger demnächst ebenfalls suspendirt und dann auch excommunicirt werden; wenn er dann, ähnlich wie der Pfarrer, in seiner Kirche die gottesdienstlichen Functionen fortsetzt, und wenn auch „seine Gemeinde zu ihm hält", welcher bedeutsame Zwiespalt wäre dann gegeben? — Ein anderer uns näher stehender Cultusminister, der aber weder von seiner „Gemeinde" noch von sonst wem im Volke, wenn nicht von eben diesen Ultramontanen „gehalten" wird, macht auch wieder von sich reden. Die bedeutendsten Mitglieder der Akademie, wir nennen Begas, Schraderer, Alb. Wolff, Ad. Menzel, Drake, Bleibtreu, G. Richter, Henneberg, Mandel, Paul Meyerheim haben gegen Herrn v. Mühler folgende Erklärung erlassen: Herr v. Mühler hat einem Mitgliede der Akademie, welches die Veröffentlichung der bekannten Antwort veranlaßt hat, einen harten Verweis und eine Verwarnung mit Androhung der Entziehung des akademischen Stimmrechtes auf ein Jahr ertheilt. Die Mißbilligung des Ministers über die Veröffentlichung des Antwortschreibens ist um so auffallender, da sie sich auf das Statut v. 1790 stützt und da hauptsächlich der Herr Minister zuerst seinen rigorosen Erlaß an den Senat der Oeffentlichkeit übergeben hat. Es widerstrebt allem Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, daß es gestattet sein soll, eine Körperschaft, wie die Akademie der Künste, öffentlich zurechtzuweisen und zu belehren, ohne dieser Körperschaft mindestens das Recht zu gewähren, sich vor demselben Forum zu vertheidigen und ihre Rechte zu wahren. Als in der Sitzung der Mitgliedschaft die Bekanntmachung des Antwortschreibens an den Minister in den amtlichen Blättern nicht zugestanden wurde, schlug ein Mitglied vor, die Veröffentlichung durch die Zeitungen zu veranlassen, und da sich kein Widerspruch erhob, wurde bestimmt, daß die Veröffentlichung nach acht Tagen erfolgen solle. Die unterzeichneten Mitglieder der Akademie erklären daher, daß die Veröffentlichung des Antwortschreibens an den Herrn Minister v. Mühler vollkommen in ihrem Sinne erfolgt ist. Ob Herr v. Mühler nun die gesammte Blüthe der Berliner Künstlerschaft bedrohen, verwarnen, verweisen wird?

— Es sind gegenwärtig alle Veranstaltungen getroffen, daß binnen 24 Stunden 200,000 Mann deutscher Truppen um Paris concentrirt sein können. Zunächst der Seine stehen jetzt Cavallerie-Divisionen, die bei ausbrechender Feindseligkeit Versailles zu decken geeignet sind.

— Der „Augsb. Postztg." wird aus Straßburg geschrieben: Ueber die Neubefestigung Straßburgs erfahre ich, daß die Vertheidigungslinie in einer Entfernung von 7000 Schritten um die jetzigen Wälle gehen, sich an den Rhein anschließen, Kehl in den Bereich derselben gezogen wird. Mittelhausbergen, von wo aus die Stadt diesmal beschossen worden, wird ein Hauptpunkt werden und eines der größten Forts dort errichtet werden. Da die jetzigen Geschütze selten über 8000 Schritte mit einigem Erfolg wirken, sich aber selten näher als 2 bis 3000 Schritt von den Forts aufstellen können, so wird es dann unmöglich, Straßburg zu beschießen. Auch einige Rheininseln werden befestigt, so daß selbst eine Einschließung dieses Waffenplatzes zu einer sehr schwierigen Aufgabe werden dürfte. Die vorgeschobene Vertheidigungslinie wird aus etwa zwanzig einzelnen Forts und Werken bestehen. Es wäre dies dann ein verschanztes Lager.

— Am 1. d. M. wurde die im Elsaß belegene Bahn von Mühlhausen nach Belfort, welche bisher wegen Sprengung eines Viaducts nur bis Dannemarie fahrbar war, wieder in ihrer ganzen Ausdehnung betriebsfähig, nachdem es gelungen, innerhalb 45 Tagen die Lücke durch einen Holzbau von 400 Fuß Länge und 80 Fuß Höhe provisorisch auszufüllen.

Mühlhausen. Man versichert, daß das Haus Dollfus nach dem Süden auswandern will, sammt seinen Maschinen, Geräthschaften, Spinnstühlen u. s. w., und seinem gesammten Personal, das aus mehr als 6000 Arbeitern besteht. Johann Dollfus, Chef dieses großen Hauses, soll in Toulouse haben anfragen lassen, ob die Garonne hinlänglich starke und reine Wasserfälle für die Industrie der Spinnereien und Kattunfabriken hat. Die Antwort konnte nur bejahend lauten. (Niederrh. C.)

Schweiz.

Zwei verwundete preußische Dragoner, welche unter Geleit des deutschen Gesandten und des württemb. Consuls auf dem Bahnhofe in Bern in einen Waggon einsteigen wollten, wurden daran, wie der „Indépendance" mitgetheilt wird, durch einen eidgenössischen Offizier verhindert, der, unterstützt von Kameraden, nicht zugeben wollte, daß sie mit ihm in demselben Coupé fuhren und mußten die Verwundeten deshalb in einem andern Wagen Platz suchen. Wie derselbe Berichterstatter in der „Indépendance" schreibt, beginnt Schloß Arenenberg sich zu bevölkern. Es treffen kaiserliche Wagen und Pferde dort ein und würde Kaiser Napoleon mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit dort erwartet.

Frankreich.

Aus Paris. Wir sind genöthigt, da die Postverbindung unterbrochen ist, die in Zeitungen, Depeschen und auf anderem Wege uns zugehenden Nachrichten zusammenzustellen. Die Commune fährt fort Kassen, Banken, Versicherungsgesellschaften in Contribution zu setzen. Außerdem ist am 30. v. M. der Ertrag der Auction am Fischmarkte ungefähr 20,000 Francs mit Beschlag belegt worden. Aber die Verwaltung sucht noch mehr, da sie eine kostspielige — der Sold der Nationalgarde verschlingt allein täglich über 300,000 Franken — und vom Steuerzahlen natürlich eben so wenig die Rede ist, als von Miethe und verfallenen Wechseln. Paris ist so schlimm daran als in den schlimmsten Tagen der Belagerung und vorsichtige Leute lehnen schon jetzt die Mandate ab und entziehen sich der Verantwortlichkeit, zu welcher früher oder später dies seltsame Regiment gezogen werden dürfte. Im Uebrigen sieht man in den Straßen von Paris jetzt nur Nationalgardisten, die bald Verhaftungen vornehmen, bald Requisitionen machen, bald Geldsammlungen anstellen, bald Haussuchungen vornehmen. Anständige Leute sieht man fast gar keine. Der größte Theil derselben hält sich in den Häusern oder hat Paris verlassen. Selbst die Schulkinder sind unsichtbar geworden; die Schulen sind zwar nicht geschlossen, aber die Eltern haben nicht den Muth, ihre Kinder auf die Straße zu lassen. Wie und was weiter werden soll, ist eine Frage, die man sich augenblicklich am Besten gar nicht vorlegt. Die sämmtlichen Verbindungen von Paris mit der Außenwelt sind abgeschlossen, und erst nachdem der verzweifelte Kampf entschieden ist, kann der regelmäßige Verkehr wieder eröffnet werden. Der Schaden, den Frankreichs Nationalwohlstand erleidet, ist unberechenbar.

— Wie dem „Nord" geschrieben wird, habe der Herzog von Broglie einigen Deputirten versichert, die Fusion zwischen den Bourbons und Orleans sei derartig vollzogen, daß Graf Chambord als künftiger Souverain und der Graf von Paris als sein Nachfolger anerkannt worden sei. Man wolle das Land mittelst Plebiscit über die Frage „Republik oder Monarchie" entscheiden lassen und wenn, wie zu erwarten stände, die Monarchie votirt würde, werde die Nationalversammlung den Grafen Chambord zum König wählen. — Ein angesehener aus Paris entkommener Elsässer erzählt: Auf ihn, als Deutschredenden, hatte sich am 21. März der Pöbel gestürzt und die beliebte Deutschenhetze begonnen. Mit Pfeifen und Schreien schleppte man ihn nach der Seine. Da rafft er sich auf und schreit in Verzweiflung: „Ich bin jetzt Franzose gewesen mit Ueberzeugung. Nun aber erkläre ich: Ich bin Unterthan des Kaisers der Deutschen und wenn Ihr mir ein Haar krümmt auf meinem Haupte, so werden sicher die Preußen mich rächen!" Und siehe da, — der Lärm verstummte und man ließ ihn ziehen.

Spanien.

Madrid. Veränderungen im Ministerium stehen der „Epoca" zufolge bevor, nur ist noch nicht recht erkennbar, in welcher Richtung, auch der Zeitpunkt ist noch unbestimmt. In verschiedenen Provinzen haben neuerdings carlistische Putsche von geringer Bedeutung stattgefunden. Am 27. v. M. versuchte dem „Imparcial" zufolge in einer andalusischen Stadt ein Sergeant ein Pronunciamento unter dem Rufe: „Es lebe Don Carlos", doch verhafteten ihn seine eigenen Soldaten unter dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!" In Barcelona hat dagegen an demselben Tage eine Arbeiterbewegung stattgefunden, welche auch in den Bemühungen der „Internationalen" ihren Ursprung zu haben scheint, denn auch aus Madrid wird demselben Blatte von ihren dortigen Wühlereien berichtet.

Danzig, den 5. April.

* [Stadtverordneten-Versammlung am 4. April.] Vorsitzender Hr. Commerzienrath Bischoff, Vertreter des Magistrats die Herren Bürgermeister Dr. Lintz, Stadträthe Hirsch und Ladewig. Vor der Tagesordnung bringt Hr. Röckner folgenden hinreichend unterstützten Antrag ein: „Da sich aus einer Anzeige des Prof. Herbst ergiebt, daß in der Quinta des Gymnasiums keine neuen Schüler aufgenommen werden sollen, beantrage ich, die Stadtv.-Versammlung möge den Magistrat ersuchen, die Wiederherstellung einer Parallelklasse für die Quinta des Gymnasiums anzuordnen." Nachdem Hr. Röckner die Nothwendigkeit der Beseitigung des jetzigen durch die Ueberfüllung der unteren Classen der höheren Schulanstalten herbeigeführten Uebelstandes in Bezug auf die Unterbringung von Schülern nachgewiesen, schließt sich die Versammlung dem Antrage an und überweist denselben dem Magistrat zur Erwägung und Rückäußerung. — In voriger Sitzung hatte die Versammlung mit Bezug auf die Wahl des Stadtsyndicus beschlossen, von dem Ausschreiben der Stelle Abstand zu nehmen. Heute wird nun Hr. Regierungsrath Pfeffer zum Syndicus einstimmig auf 12 Jahre wiedergewählt und ihm eine persönliche Gehaltszulage von 200 Rp. jährlich bewilligt, sodaß sein Gehalt auf 1800 Rp. jährlich erhöht wird. — Eine Anzahl Stallbesitzer erklärt sich in einer Eingabe an die Stadtverordneten bereit, zu dem bevorstehenden Einzuge unserer Truppen Militärpferde in ihre Stallungen aufzunehmen, wenn ihnen der früher gezahlte Satz von 2 Sgr. pro Tag und Pferd gewährt wird. Der von der Servisdeputation festgestellte Satz von 1 Sgr. pro Tag und Pferd sei ein zu geringer, da die Militairbehörde noch einmal so viel Raum für die Pferde verlange, als Privatleute. Das Gesuch wird dem Magistrat zur Bescheidung der Unterzeichner der Eingabe überwiesen. — Für die aus der Mobilmachung dem Servisetat erwachsenen Kosten sind 136 Rp. 7 Sgr. 2 ₰ über die bewilligte Summe verausgabt worden, deren Nachbewilligung Magistrat beantragt. Zur Bestreitung der außerordentlichen Kosten pro 1871 bittet Magistrat zugleich, vorläufig für den Zeitraum vom 1. Jan. bis ult. April c. den Betrag von 1200 Rp. als Extraordinarium des Servisetats pro 1871 zur Disposition zu stellen. Beide Anträge werden genehmigt und die betr. Summe bewilligt. — In dem Regulativ für Abgabe des Wassers aus der Prangenauer Leitung ist eine besondere Bestimmung für die Abgabe des Wassers an See-, Fluß- und Wasserschiffe getroffen. Aus den gewöhnlichen Brunnenständern können die Schiffe das Wasser füglich nicht nehmen, es empfiehlt sich vielmehr, an einem geeignetem Orte einen besonderen Hahn für die Schiffe anzubringen, vor demselben einen Wassermesser einzuschalten und hinter demselben eine Ausflußöffnung derart, daß ein Schlauch angebracht werden kann. Als ein dazu geeigneter Platz ist der Kalkort bezeichnet; die Kosten der Einrichtung sind auf 165 Rp. veranschlagt. Herr Dr. Lintz erklärt auf deshalb gestellte Anfrage, daß zur Beaufsichtigung des Hahns resp. zur Controle über die Entnahme von Wasser ein in der Nähe wohnender zuverlässiger Mann, etwa der Portier in der Navigationsschule einen Schlüssel zu dem Hahne führen und gegen eine Tantieme vom Wasserzins die Aufsicht führen solle. Ein besonderer Beamter solle dafür nicht angestellt werden, da es genüge, einen städt. Bauaufseher nebenbei damit zu beschäftigen, wenn es nicht gelingen sollte, gegen Tantieme einen Andern zu finden. Zugleich erinnert er daran, daß es sich nur um Ausführung eines früher von der Versammlung gefaßten Beschlusses handle. Auch hält der Magistrat es für zweifellos, daß die geringen Anlagekosten sich in kurzer Zeit bezahlt machen werde. Die Versammlung genehmigt die Vorlage. — Um den Anschluß des Arbeitshauses an die Wasserleitung und das Sielsystem möglichst bald herbeizuführen, hat Magistrat zunächst für diejenigen Theile, welche in der schon mit Wasserleitung versehenen Töpfergasse liegen, ein Project für die inneren Einrichtungen von Herrn Zimmermann aufstellen lassen. Bei der Submission über die desfallsigen Arbeiten ist Hr. Teubner der Mindestfordernde geblieben; seine Offerte lautet auf 730 Rp. 17 Sgr.; dieselbe wird durch nachträgliche Hinzufügung eines Closets und Verschlusses um 17 Rp. erhöht, so daß sie jetzt in Summa auf 747 Rp. 17 Sgr. lautet. Magistrat ersucht die Versammlung, Hrn. Teubner den Zuschlag zu ertheilen und weiter für die Anfertigung des Projects und Ausführung eines Nivellements an Hrn. Zimmermann 25 Rp. zur Zahlung anzuweisen. Die beiden Summen (772 Rp. 17 Sgr.) sollen aus dem Kapitalfonds bezahlt werden, aus dem die Kosten für die Einrichtungen auch in den andern städtischen Gebäuden zu entnehmen sind. Die Versammlung genehmigt ohne Widerspruch die Vorlage. — Für Beschaffung eines neuen Dampfkessels in der Gasanstalt werden 670 Rp. aus den Fonds der Anstalt bewilligt. — An den Rentier Krickner ist im Januar c. das am Walle neben der Riedewand belegene Pumpwerksgebäude für den Preis von 60 Rp. verkauft worden. Beim Abbruch hat die Fortification Widerspruch gegen die Beseitigung einer seitlichen Umfassungsmauer erhoben, die als Futtermauer der Wallböschung dient. Magistrat kann das Eigenthumsrecht der Stadt nicht nachweisen und mußte daher diesen Theil des Gebäudes vom Abbruch ausschließen. Mit dem Käufer Krickner wurde in Folge dessen über eine Entschädigung verhandelt und ist derselbe mit der Summe von 35 Rp. zufrieden. Die Versammlung ist mit der Abfindung einverstanden. Zu Tit. V. des Straßenreinigungsetats pro 1870 werden 73 Rp. nachbewilligt; — desgleichen für Mehrausgaben bei der Feuerwehr 175 Rp. 11 Sgr. 1 ₰; — desgleichen bei dem Buchdruckerkostenfonds 135 Rp. 14 Sgr. 3 ₰: — ebenso für Beleuchtung der rathhäuslichen Räume durch Gas 17 Rp. 6 Sgr. Bis zum 1. März 1869 wurde die Reinigung der Straßen und Plätze, deren Reinigung der Commune obliegt, unter Leitung der Feuerwehrdirection ausgeführt. Sie wurde dann der Verwaltung des Arbeitshauses übertragen. Die von dem Arbeitshause für solche Arbeit zu verwerthenden Kräfte haben aber in letzter Zeit sehr

abgenommen. Theils werden mit der Ausdehnung der Krankenstation immer mehr Häusler zu Aufwartediensten gebraucht, theils hat Magistrat schon jetzt Abstand davon genommen, Arbeitsscheu zwangsweise einzusperren, weil das Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz und das Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes die zwangsweise Einsperrung nicht mehr gestatte. Unter diesen Umständen ist es Magistrat zweckmäßig erschienen, die Leitung der Reinigung wieder der Feuerwehrdirection, der auch die Abfuhr unterstellt ist, zu übertragen. Es wird dadurch eine Modification der Etats, aber keine Mehrausgabe für die Commune veranlaßt. Die Versammlung ist mit dieser Veränderung in allen Theilen einverstanden. — Als Beihülfe für den Abbruch von Vorbauten werden bewilligt: dem Schuhmachermeister Kaiser (Heil. Geistgasse 134) 50 Rt. baar und 15 Rt. 27 Sgr. für Trottoir; — an Cornelia Schultz (Pfefferstadt 66) 25 Rt. baar und 10 Rt. 18 Sgr. für Trottoir; — an Kürschner Michaeli (Seifengasse 6) 30 Rt. baar und freies Trottoir; — an Lederzurichter Knoll (Töpfergasse 27 u. 28) 30 Rt. baar und freies Trottoir. — Genehmigt wird: Die Verpachtung des neben dem Flockenhagenschen Grundstücke in Heubude belegenen Landstücks von 103 □Rth. auf 6 Jahre an den Arbeiter Meller in Heubude; die Verpachtung der beiden Seezüge bei Stutthof an den Eigenthümer Huebert in Bodenwinkel auf sechs Jahre; — die Vermiethung der beiden kleinen vor und hinter dem Hause Burgstraße No. 9 befindlichen Plätze an Hrn. Lickfett auf 3 Jahre; die Verpachtung der diesjährigen Grasnutzung auf der Uferböschung der neuen Radaune von der Sandgrube bis zum Petershagener Thor an den Fleischermeister Kratzki pro 1871 für ½ Rt.; die Vermiethung des Grundstücks auf der Speicherinsel, genannt der alte Seepackhof, auf 3 Jahre an den Kaufmann Rosenstein gegen 305 Rt. jährlichen Pachtzins. — Namens der Rechnungs-Abnahme-Commission referirt Hr. Th. Schirmacher über die Jahresrechnungen von 1868: von dem Schulfonds, von dem Baufonds und über die Hauptzusammenstellung der Kämmerei-Einnahmen und -Ausgaben pro 1868. Sämmtliche Jahresrechnungen werden nach den Anträgen der Commission dechargirt. —

Der Magistrat hat den Entwurf eines Ortsstatuts vorgelegt, betr. die Vertheilung der Quartierleistungen im Frieden, nach dem Gesetze von 1868. Der Entwurf wird in einer ausführlichen Vorlage näher motivirt, der wir Folgendes entnehmen: Das Gesetz, betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, vom 25. Juni 1868, erklärt die Fürsorge für die räumliche Unterbringung der Truppen für eine Last des Bundes, deren Naturalleistung nur gegen Entschädigung gefordert werden kann. Es ist im § 4 für berechtigt erklärt, gegen die im Tarif festgesetzte Entschädigung die Beschaffung der Quartierleistungen zu verlangen und dazu alle benutzbaren Baulichkeiten in Anspruch zu nehmen, soweit dadurch der Quartiergeber in der Benutzung der für seine Wohnungs-, Wirthschafts- und Gewerbebetriebs-Bedürfnisse unentbehrlichen Räumlichkeiten nicht behindert wird. Zu § 7 ist bestimmt, daß die Grundsätze, nach welchen die Vertheilung der Quartierleistungen in jedem Gemeindebezirk erfolgen soll, durch Gemeindebeschluß oder durch ein Ortsstatut zu bestimmen sind, für deren Erlaß die für die Einführung von Gemeindesteuern vorgeschriebenen Formen maßgebend sind. Ueber die Grundsätze, welche bei der Behandluug des Einquartierungswesens in Anwendung zu bringen, ist bekanntlich seit langer Zeit vielseitig gestritten worden und haben namentlich die großen Communen, die zugleich Garnisonsorte sind, zum Theil völlig abweichende Normen hierfür aufgestellt. Auch in der hiesigen Verwaltung sind die Meinungen in der Vorberathung der Angelegenheit erheblich auseinander gegangen. Während die Servisdeputation der Ansicht war, daß von der Aufstellung eines Ortsstatuts ganz abzusehen sei und lediglich die Normen, welche in den Gemeindebeschlüssen vom 19. Februar und 4. Juli 1851 adoptirt sind, in fortdauernder Giltigkeit zu erhalten seien, hat die früher zur Berathung der Sache eingesetzte besondere Commission es prinzipiell für unzulässig erklärt, nach dem früheren Modus die Hauseigenthümer allein zu belasten, wenn sich diese Belastung in gewöhnlichen Zeiten auch als eine verschwindend kleine ergebe und danach vorgeschlagen: den Wohnungs- und Miethswerth als Maßstab der Vertheilung der Naturaleinquartirung, wo solche nothwendig werde, zu nehmen. Magistrat ist seinerseits weder der Servisdeputation nach der Commission überall beigetreten, sondern hat in dem heute vorgelegten Entwurf eines Ortsstatuts diejenigen Grundsätze aufgestellt, die einerseits der Natur der Last am meisten entsprechen, andererseits nach den von ihm gemachten Erfahrungen eine einfache Verwaltung ermöglichen. Magistrat faßt die Einquartirungslast auch im Frieden als eine Communallast insoweit auf, daß für die durch dieselbe entstehenden Kosten, welche durch die staatliche Entschädigung nicht gedeckt werden, die Commune einzutreten hat. Diesen Hauptgrundsatz hat Magistrat im Paragraph 7 des Statutsentwurfs zur Geltung gebracht und ist dadurch vorgesehen, daß alle Einwohner des Stadtbezirks nach Maßgabe der von ihnen zu Communalzwecken aufgebrachten Steuern auch an den Kosten für die Einquartirung partizipiren. Magistrat hat hiermit übereinstimmend im § 1 die Sorge für die Beschaffung der Miethsquartiere zunächst der Servisdeputation überwiesen und hält sich überzeugt, daß, wenn derselben die Befugniß ertheilt wird, den Miethspreis je nach den Umständen zu vereinbaren, sie im Stande sein wird, für sämmtliche Truppentheile, für welche von der Militärbehörde nicht unmittelbar gesorgt, sondern Naturalquartier verlangt wird, die erforderlichen Quartiere miethsweise zu beschaffen, ohne daß die Bürger wegen Gewährung von Naturalquartier unmittelbar in Anspruch genommen werden dürften. Der Ausnahmefall, daß dies dennoch geschehen muß, wenn es der Servisdeputation nicht gelingen sollte, im Wege freier Vereinbarung die erforderlichen Quartiere zu beschaffen, hat indeß nicht gänzlich außer Betracht gelassen werden dürfen. Für diesen Fall hat Magistrat den ältern Modus, nach welchem die Hauseigenthümer zur Hergabe von Räumlichkeiten nach Maßgabe des Umfanges der heizbaren Räumlichkeiten verpflichtet werden, jedoch nur mit der im § 2 präzisirten Beschränkung beibehalten. Bei der Zugrundelegung der Scala, welche die Verpflichtung zur Aufnahme nach dem Inhalte der heizbaren Räume betrifft, wird jede Schwankung, wie sie insbesondere bei Annahme des Wohnungs- und Miethswerthes als Basis der Vertheilung stets eintreten muß, vermieden. Die Scala enthält einen so weiten Spielraum, daß man annehmen darf, die Rücksichten auf die Wohnungs-, Wirthschafts- und Gewerbebetriebsbedürfnisse des Hauseigenthümers als Quartiergebers würden darnach im vollsten Maße befriedigt. Eine Benachtheiligung der Hauseigenthümer kann endlich, nach der Ansicht des Magistrats, darin, daß von ihnen die Uebernahme der Leistung gefordert wird, nicht gefunden werden. Einmal sind sie die natürlichen Vertreter der Grundstücke als der Objecte, durch welche allein das Bedürfniß befriedigt werden kann, sodann aber wird die Leistung nicht als eine unentgeltliche, sondern gegen Entschädigung gefordert, bei deren Festsetzung den städtischen Behörden der nöthige Einfluß gesichert worden ist, darüber zu wachen, daß dieselbe eine vollständige sei. Die Hauseigenthümer haben es überdies in der Hand, bei Abschluß der Miethscontracte dafür zu sorgen, daß ihre Miether ihnen die Schwierigkeiten, die sich etwa für die Erfüllung der Verpflichtung ergeben möchten, beseitigen und mittragen helfen. Magistrat empfiehlt daher die Annahme des vorgelegten Entwurfs. Die heizbaren Räume der Grundstücke sollen nach dem Entwurfe nach folgender Scala belegt werden dürfen: bis 700 □-Fuß 1 Mann, 701—1300′ 2 Mann, 1301 bis 2000′ 3 Mann, 2001—2800′ 4 Mann, 2801 bis 3700′ 5 Mann, 3701—4700′ 6 Mann, 4701—5800′ 7 Mann, 5801—7000′ 8 Mann, 7001—8300′ 9 Mann, 8301—9700′ 10 Mann, 9701—11300′ 11 Mann, 11,301 bis 13,000′ 12 Mann, 13,001—15,000′ 13 Mann, 15,001 bis 17,000′ 14 Mann. Heizbare Flächenräume von 150 □-Fuß, wenn sie vom Eigenthümer selbst bewohnt werden, bleiben von der Naturaleinquartierung im Frieden befreit. Nach längerer Debatte, an der sich die HH. Breitenbach, Mischke, Röckner, Hohnfeld, Gronau, Dr. Liévin, der Hr. Vorsitzende und die HH. Dr. Lintz und Stadtrath Ladewig betheiligen und in welcher es sich hauptsächlich darum handelte, ob die Hauseigenthümer oder die Miether in erster Linie die Last tragen, oder ob die Einen oder die Andern mehr oder weniger Berücksichtigung finden, oder ob sie beide gemeinschaftlich verhältnißmäßig belastet werden sollten, — stellt Hr. Gronau den Antrag, den § 2 des Ortsstatuts dahin abzuändern, daß Hauseigenthümer und Miether nach Maßgabe der von ihnen gezahlten Wohnungssteuer die Einquartirung tragen müssen; Hr. Mischke beantragt, die Vorlage nochmals einer Commission, zu der auch Eigenthümer und Miether von außerhalb der Versammlung zugezogen würden, zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen. Beide Anträge werden abgelehnt und die Vorlage des Magistrats mit großer Majorität angenommen.

— [Personalveränderungen.] Den zum kaufmännischen Mitgliede der Handels- und Schifffahrts-Deputation des Kreisgerichts in Memel ernannten Kaufmann und belgischen Consul Sternberg ist der Character als Commerzien-Rath verliehen. Dem Kreis-Gerichts-Rath Kaminski in Elbing ist die Function des Dirigenten der zweiten Abtheilung des dortigen Kreisgerichts übertragen. Versetzt sind: der Kreisgerichtsrath Rhode in Marienwerder an das Kreisgericht in Elbing, die Kreisrichter Frost zu Creuzburg (Ostpr.) an das Collegium des Kreisgerichts in Bartenstein, Stoermer in Bartenstein an die Gerichts-Commission in Creuzburg.

◈ Praust, 3. April. Heute hielt hier der liberale Verein des Danziger Kreises nach einjährigem Bestehen seine Generalversammlung unter ziemlich reger Theilnahme ab. Hr. Dr. Wiedemann in Praust, der Vorsitzende des Vereins, hob zunächst hervor, in wie weit derselbe seinen Zwecken und Zielen nahe gekommen, in wie weit nicht. In letzterer Beziehung wurde bemerkt, daß zur strafferen Organisirung jedes einzelne Vereinsmitglied mehr aus seiner Unthätigkeit hervortreten müsse, dann erst könne dem ferneren Zweck des Vereins, liberale Grundsätze weiter zu verbreiten, durch Abhaltung allgemeiner Versammlungen und durch populäre Vorträge in denselben genützt werden, da man es bei den bisherigen Erfahrungen noch nicht hätte wagen können, z. B. unseren Abgeordneten zu einer Berichterstattung einzuladen. Das erste Vereinsjahr sei also in dieser Beziehung schon aus allgemeinen und localen Ursachen ein ungünstiges gewesen. Günstiger gestalteten sich aber die Wahlresultate, die zum Theil wenigstens der Vereinsthätigkeit zuzuschreiben seien. Zu der Abgeordnetenwahl im October stellte der Landkreis die doppelte Anzahl liberaler Wahlmänner gegen früher. Bei der letzten Reichstagswahl hatte der Candidat des Kreises, Thomsen-Jeseritz, 1200 Stimmen auf sich vereinigt, während bei der vorletzten Wahl, bei welcher die Polen mit uns stimmten, diese Zahl kaum erreicht wurde. Dabei sei noch in Betracht zu ziehen, daß in 14 Wahlbezirken in denen vorwiegend liberale Abstimmungen zu erwarten, gar nicht gewählt worden sei. Was also erreicht, sei zwar vorläufig nicht viel, aber es möge jeder Einzelne in seinem Kreise nach Kräften weiter wirken, die Resultate würden dann sicher nicht ausbleiben. — Nachdem darauf der seitherige Vereinsvorstand wieder gewählt war, wurde die allgemeinen, vom liberalen Verein berufene Wählerversammlung eröffnet und Hrn. Dr. Wiedemann der Vorsitz übertragen. Es entwickelte sich eine längere Debatte, da bei der bevorstehenden Nachwahl ein liberaler Candidat überhaupt aufgestellt werden sollte oder ob es richtiger sei, die Frage zu stellen, „polnisch oder deutsch?" Es wurde hervorgehoben, daß die Beantwortung dieser Frage schon in der Aufstellung eines Liberalen enthalten sei — zumal wenn die liberale Partei an ihrem ersten Candidaten festhielte. Die Conservativen hätten, obgleich die Liberalen bei der Nachwahl ohne Compromiß mit ihnen gestimmt und ihnen zum Sieg verholfen, letzteren mit der Aufstellung des Herrn Regierungs-Präsidenten v. Diest geantwortet und hätten damit gezeigt, daß sie sich nöthigenfalls allein stark genug fühlten, möchten sie denn auch ein anderes Mal die Sache allein ausfechten. Bei der darauf erfolgenden Abstimmung zeigte sich denn auch, daß die Anhänger der ersten Ansicht, in verschwindender Minorität vertreten waren und wurde unser bisheriger Candidat, Herr Thomsen-Jeseritz, in Vorschlag gebracht und fast einstimmig acceptirt. In Bezug auf eine etwa erforderlich werdende engere Wahl behielt sich die Versammlung ihre Entscheidung vor, es wurde beschlossen, diese in einer am 18. April, Nachmittags 2 Uhr, in Praust im selben Lokale abzuhaltenden Versammlung zu treffen und werden wir später im Annoncentheil d. Z. erforderlichenfalls noch darauf aufmerksam machen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. April. Angekommen 6 Uhr 30 Minuten.

		Crs. v. 3.			Crs. v. 3.
Wz. Ap.-Mai	78 6/8	78 4/8	Preuß. 5pCt. Anl.	100 2/8	100 2/8
Juni-Juli	78⅞	78 2/8	Preuß. Pr.-Anl.	119	119 2/8
Rogg. matt			3½pCt. Pfdbr.	76	76
Regul.-Preis	52 2/8	52 4/8	4pCt. wpr. do.	82 2/8	82 3/8
April-Mai	52 2/8	52 4/8	4½ pCt. do. do.	89 4/8	89 4/8
Juni-Juli	53 4/8	53 7/8	Lombarden . . .	96 2/8	96 5/8
Petroleum,			Rumänier	44 2/8	44
April 200 ℔	13 16/24	13 16/24	Amerikaner . . .	97 6/8	97 5/8
Rüböl 200 ℔	27	27	Oester. Banknoten	81 2/8	81⅛
Spir. matter			Russ. Banknoten	79 4/8	79 5/8
April-Mai	16 29	17 2	do. 1864r Pr.-Anl.	117½	117 1/8
Juni-Juli	17 11	17 15	Italiener	53 6/8	53 7/8
Nord. Schatzanw.	99 7/8	99 6/8	Franzosen	218 2/8	218
Nord. Bundesan.	100	100	Wechselcours Lon.	6.23 4/8	6.23⅝

Belgier Wechsel 80.

Meteorologische Depesche vom 4. April.

	Barom.	Temp. R.	Wind.	Stärke.	Himmelsansicht.
Memel . . .	333,1	+ 0,7	W	schwach	heiter, Nachts
Königsberg	333,6	— 0,4	W	schwach	heit. [Graupeln.
Danzig . . .	334,4	+ 0,3	W	schwach	hell und bewölkt.
Cöslin . . .	334,4	+ 1,0	NW	mäßig	heit., Nchts. Reif.
Stettin . . .	335,5	+ 0,4	WNW	mäßig	bed., Nchts. Schn.
Putbus . .	333,0	0,0	NW	mäßig	heiter.
Berlin . . .	335,0	+ 1,6	NW	mäßig	bew., gst. Nachm.
Köln	336,3	+ 1,4	NW	schwach	zl. heiter. [Regen.
Flensburg	335,4	+ 1,1	NW	lebhaft	leicht bewölkt.
Paris . . .	—	—	—	—	—
Riga	332,4	- 1,5	S	mäßig	bedeckt, Schnee.
Helder . . .	338,0	+ 3,2	NW	schwach	bedeckt.

Redaction, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.